

Lesermeinung zum OTZ Artikel vom 21.11.09

"Pößnecker bieten den Neonazis die Stirn"

Persönlich hätte ich mir gewünscht, dass Vertreter der anwesenden Parteien wie auch Vertreter der regionalen Wirtschaft in emotionsgeladenen Reden deutlich machen, dass rechtes Gedankengut in unserer Stadt keine Chance hat. Doch leider hat es kein gewählter Kommunalpolitiker aus dem Kreis noch der Stadt

Pößneck für nötig gehalten das Mikro zu nutzen.

Rechtes Denken, Rechte auf den Straßen und Rechte in den Parlamenten kann man nicht mit einem Ruck aus der Gesellschaft entfernen. Und erst recht darf niemand hoffen, mit der Zeit würde das gespenstische Treiben von selbst vergehen. Nichts darf im gesellschaftlichen Engagement gegen die neonazistischen Gesinnungstäter ausgeschlossen werden. Das eine Patentrezept gibt es nicht. Politisch auseinandersetzen, rechtlich verhindern, gesellschaftlich ächten. Das alles ist richtig. Entlarven, verspotten, isolieren, notfalls verbieten. Alles hilft in der richtigen Dosis. Wer mit der existenten Politik nicht einverstanden ist, kann das sagen, kann sich einmischen und sich mit allen demokratischen Parteien auseinandersetzen. Das ist legitim.

Aber man wählt nicht aus Protest Nazis, das lässt sich auf gar keinen Fall rechtfertigen. Am meisten fürchten die unbelehrbaren Nazis die Solidarität der Demokraten, den glaubwürdigen Konsens der Parteien und das Engagement der Menschen in der Zivilgesellschaft. Wenn die Politik in Einigkeit und Würde miteinander dem

Rechtsextremismus begegnet, haben die Nazis nichts Gleichwertiges entgegenzusetzen.

Mündige Bürgerinnen und Bürger sind die beste Gewähr gegen Rassismus, Gewalt und Menschenfeindlichkeit. Ein Aufstand der Anständigen verlangt von allen

Demokraten, entschlossen, mutig und mit Augenmaß rechtsextremen Tendenzen entgegenzutreten. Sei es in der Schule, im Betrieb oder im Verein. Dann gewinnt die alltägliche Zivilcourage überall die Oberhand und die Würde aller Menschen bleibt unantastbar.

Die verantwortlichen Parteien und Kommunalpolitiker müssen als zivilgesellschaftliche Organisation Tag täglich präsent sein. Sie müssen als politische Kraft in Parlamenten eine Politik betreiben, die dem Rechtsextremismus das Wasser abgräbt.

Ich bin der Meinung, dass Rechtsextremismus von den politisch Verantwortlichen offensiv als gesellschaftspolitische Herausforderung angenommen werden muss.

Dazu gehört auch die kompetente Auseinandersetzung mit sozialen Problemlagen, die Rechtsextreme aufgreifen, wie auch die Auseinandersetzung mit den Argumentationsstrategien der Rechtsextremen.

Ein Zurückweichen vor den Konflikten überlässt die öffentliche Bühne den Rechtsextremen und kann wohl kaum eine demokratische Orientierungen fördern.

Der Rechtsextremismus ist eine Herausforderung, der sich Gesellschaft und Politik dauerhaft stellen müssen .Bürger und Staat müssen als Partner auf gleicher Augenhöhe debattieren und agieren.

Dennoch haben wir mit unserer Anwesenheit gezeigt, dass für Menschen mit rechtsextremen Gedankengut, die Zwietracht und Hass sähen wollen, in Pößneck kein Platz ist.

Denn die Pößnecker wussten schon damals und schrieben es sich zum steten Gedenken an den

Rathausgiebel: „Wo das Regiment verkehrt ist, und verborgen Neid ist, und der Gemeinnutz nicht Raum hat, diese drei zerbrechen eine feste Stadt“

Simone Fichtmüller